Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Kolonelzeile 30 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (anschl. an den textlichen Teil einer Textseite) 1,50 Mk. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Allg. Inseratenexpedition, Hil. Dresden, [illegible] 7, [illegible] Tel. 27 [illegible], Postscheck Dresden [illegible]. Redaktion: Dr.-A., Güterbahnhofstr. 3, Tel. 17 250. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,20 Mk. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 Mk. (zuzügl. Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Expedition und Auslieferung durch Zeitungsvertrieb [illegible], Dresden-A., Ammonstraße 60. Tel. 28 [illegible], Postscheckkonto Dresden 39 404. Verantwortlich für Politik: Otto Gäbel, Dresden; Ausland: Karl [illegible], Berlin; übriger Teil: Erich [illegible], Dresden; für Inseratenteil: Fritz [illegible], Dresden; Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden-Altstadt 1, Güterbahnhofstraße 3. Telephon 17 250. Postscheckkonto Dresden Nr. 18 660.

8. Jahrgang | Dresden, Mittwoch den 4. Mai 1932 | Nummer 104

Notverordnung gegen die proletarischen Kampf- und Kulturorganisationen

Hindenburgs Dank an die SPD-Arbeiter . Noch in dieser Woche Unterdrückungsmaßnahmen gegen Antifaschisten und proletarische Freidenker . Vor Aufhebung des SA-Verbotes . Organisiert rote Einheitsfront gegen faschistische Diktatur

Berlin, 4. Mai 1932

Noch bevor der Reichstag am nächsten Montag zusammentritt, holt die Brüningregierung zu schärfsten Angriffen gegen das deutsche Proletariat aus. Zwei Notverordnungen sollen noch in dieser Woche Gesetze werden, die beide einen Frontalangriff auf die Massenorganisationen der Arbeiterschaft darstellen unter Initiative des Reichspräsidentenpalais ausgearbeitet und von Hindenburg unterzeichnet werden.

Die erste Notverordnung wird bestimmen, daß alle Organisationen, die einen militärischen Charakter haben, unter das Aufsichtskommando der Reichsregierung, speziell des Reichsinnen- und -wehrministeriums, gestellt werden. Das würde nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als daß die antifaschistischen Wehrorganisationen und der rote Massenselbstschutz der Befehlsgewalt des Herrn Groener und seiner Reichswehrgeneralität unterworfen werden sollen.

Was in den Satzungen und der Praxis der Verbände den Aufsichtsbehörden nicht paßt, muß — dahin geht der Plan der Notverordnung — einfach geändert werden, sonst erfolgt das Verbot. Dem Kampfbund und den antifaschistischen Reichsbannerarbeitern soll der Kampf gegen den Hakenkreuzfaschismus auf diese Weise unmöglich gemacht, der Hitlerpartei jedoch die Bildung von neuen Sonderorganisationen, also die offizielle Wiederauferstehung der SA, durch die Notverordnung erleichtert werden.

Aus dieser Notverordnung wird amtlich hervorgehen, daß der Reichspräsident sich den von der „nationalen Opposition" vorgetragenen schweren Bedenken gegen Form und Inhalt des SA-Verbotes denn doch nicht verschlossen habe.

Die zweite Notverordnung richtet sich gegen die revolutionäre Kulturorganisation, über die die „Dresdner Nachrichten" schreiben:

„Die zweite Notverordnung, die der Reichspräsident unterzeichnen wird, soll dem schamlosen Treiben der Gottlosenbewegung endlich einen kräftigen Riegel vorschieben."

Auch diese Notverordnung, die vor allem vom Zentrum betrieben wird, bedroht ausschließlich die proletarische Freidenkerbewegung. Gegen sie will, wie die Vossische Zeitung mitteilt, die Regierung durch Notverordnung „mit schärferen Mitteln vorgehen". Die jetzt schon aufs äußerste eingeschränkten Propagandamöglichkeiten sollen weiter beschnitten, ja, die Legalität der revolutionären Freidenkerbewegung in Frage gestellt werden.

So werden also Hindenburg-Brüning die Scheinaktion gegen die Nazis aufheben, um mit schärferen Terrormaßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft vorzugehen. Und im Hintergrund steht Groener, der gemeinsam mit der Reichswehrgeneralität die nationale Sportorganisation vorbereitet.

Das ist der Dank Hindenburgs an seine sozialdemokratischen Arbeiterwähler. Mit schärferen Diktaturmaßnahmen geht die Bourgeoisie den Weg zum Faschismus weiter. Der Angriff geht nicht nur gegen die kommunistischen, sondern auch gegen die sozialdemokratischen Arbeiter, die gemeinsam mit uns die rote Einheitsfront schmieden müssen.

Wollt ihr, Arbeiter und Arbeiterinnen, wollt ihr, jugendliche Erwerbslose, die ihr noch nie einen Betrieb von innen gesehen habt und ihn auch nie sehen werdet, solange der Kapitalismus regiert — wollt ihr willenlose ausgebeutete Werkzeuge von Generalen und Kapitalisten oder Kämpfer für ein freies sozialistisches Deutschland sein?

Antifaschisten Deutschlands, vereinigt euch! Wenn die rote Einheitsfront marschiert, wird der Faschismus seine Niederlage erleiden.

Eine plumpe Fälschung

Der Freiheitskampf bringt in seiner Ausgabe vom 3. Mai in großer Aufmachung ein angebliches Schreiben einer KPD-Gruppe Groß-Dresden, in dem aufgefordert wird, nicht zum Volksentscheid zu gehen, damit die Macht der Nationalsozialisten nicht noch verstärkt würde.

Das ganze Schreiben ist von Anfang bis Ende ein plumper Schwindel der Lügenabteilung der NSDAP. Es gibt weder in unserer Parteiorganisation den Begriff „KPD Groß-Dresden", noch gibt es „vertrauenswürdige Boten", durch die die Kommunistische Partei ihre Anweisungen weiterleitet. Es kennzeichnet die verlogene Methode der Nationalsozialisten, die nach Stimmenkampf jedes Mittel anwenden, um Stimmen zu fangen und deren Propaganda zum größten Teil aus Lügen und Verleumdungen besteht.

Streikwelle im Wachsen!

Weitere Ausdehnung des Bauarbeiterstreiks in Sachsen und im Reich

Der Streik der Bauarbeiter hat sich gestern in Sachsen und im Reich weiter ausgedehnt. Der freche Vorstoß der Bauunternehmer, einen Lohnraub von 30 Prozent durchzuführen, führt dazu, daß der Kampf von einer Baustelle zur anderen übergreift und sich immer mehr Bauarbeiter in die Streikfront einreihen.

Ueberall, wo sich die Belegschaften in einheitlicher Front zusammenfinden, und ihre Kampfbereitschaft zeigen, tritt sofort die Verbandsbürokratie auf den Plan, um mit einer ganz gemeinen Hetze gegen die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition und dem Hinweis, daß erst der Schiedsspruch abgewartet werden muß, die Arbeiter vom Streik abzuhalten.

Der Wille zur Einheitsfront und zum Kampf setzt sich aber immer mehr bei den Bauarbeitern wie auch in anderen Industrien durch, wie das auch die nachstehenden Meldungen zeigen.

Ausdehnung des Bauarbeiterstreiks

In Dresden traten zu den bereits im Streik befindlichen Bauarbeitern die Belegschaften der Schlachthofbrücke und der Baufirma Egner, die Erdarbeiten für die Kabellegung des Eltwerkes durchführte.

70 Streckenarbeiter eines Bauunternehmers in Borna bei Leipzig, der Reichsbahnaufträge durchführt, sind am Montag ebenfalls in den Streik getreten.

In Leipzig standen gestern vormittag rund 500 Maurer und Hilfsarbeiter im Kampf. In diese Zahl sind die streikenden Maler und Zimmerer nicht mit eingerechnet.

In Werdau streiken die Zimmerer der Unternehmer Vogel und Adolf Wild.

In Halle traten am Montag die Belegschaften der Firmen Schmidt & Richter und Hoffmann & Ziegelmann in Streik.

In Wittenberge stehen die Bauarbeiter aller Baustellen geschlossen im Streik. Der Beschluß zum Streik wurde in einer Mitgliederversammlung des Baugewerksbundes einstimmig gefaßt.

Was die Bauarbeiter zu erwarten haben, zeigt der nachfolgende

Schiedsspruch für die Provinz Sachsen

Für das Tarifgebiet Provinz Sachsen und Anhalt des Baugewerbes fällte der Schlichter, Amtsgerichtsrat Lichtenstein (Hannover), einen Schiedsspruch, wonach der Lohn für Facharbeiter in Halle 88 Pfennig, statt bisher 1,03 Mark und für Tiefbauarbeit 63 Pfennig, statt bisher 72 Pfennig beträgt, in Magdeburg für Facharbeiter 89 Pfennig, statt bisher 1,06 Mark, für Tiefbauarbeiter 64 Pfennig, statt bisher 73 Pfennig. Die Löhne der Bauhilfsarbeiter sollen 17 Prozent unter dem Lohn der Facharbeiter liegen. In den übrigen Ortsklassen des Tarifgebietes beträgt die Lohnsenkung bis zu 23 Prozent.

Das ist das Ergebnis der Politik der Gewerkschaftsbürokratie, die die Bauarbeiter mit Verleumdungen und Betrugsmanövern vom Kampf abhalten will. Diesen ungeheuerlichen Lohnraub können die Bauarbeiter nur verhindern, wenn sie auf jeder Baustelle die einheitliche Kampffront herstellen und sofort in den Streik treten für die Verteidigung der bisherigen Löhne. Den Weg dazu weist die RGO, deren Aufruf wir nachstehend veröffentlichen:

Rote Einheitsfront im Kampf sichert allein den Erfolg

An alle Bauarbeiter Sachsens!

Die Bauunternehmer haben einen neuen unerhörten Angriff auf die Löhne der Bauarbeiter eingeleitet. Die jetzigen Löhne sollen um weitere 30 Prozent gekürzt werden. Diesen frechen Angriff konnten die Bauunternehmer nur wagen, auf Grund des Verhaltens der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, die im vergangenen Jahre und im Januar d. J. die Lohnabbauoffensive der Unternehmer und der Regierung praktisch unterstützt hat.

Die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition ist es gewesen, die im April 1931 bei dem ersten Lohnabbau den Kampf der Bauarbeiter organisiert und geführt hat. Aber die Bürokratie der freien Gewerkschaften hat durch ein elendes Kompromiß mit den Unternehmern und durch die Abwürgung des Streiks die Bauarbeiter um die Früchte des Kampfes betrogen.

Die Unternehmer, gestützt auf die schamlose Handlungsweise der reformistischen Führer nützen die schlechte Konjunktur und den zur Zeit bestehenden tariflosen Zustand aus, in einer weiteren Senkung der Löhne der Bauarbeiter. Gelingt es den Unternehmern diesen Lohnraub durchzuführen, so werden die durch jahrelange Erwerbslosigkeit ohnehin miserablen Lebensbedingungen zu einer Unerträglichkeit.

Die Bezirksleitung der RGO, Industriegruppe Bau und die Organisationen des Einheitsverbandes für das Baugewerbe richten einen

Appell an alle sozialdemokratischen, gewerkschaftlich organisierten Funktionäre und Baudelegierten des Baugewerksbundes und Zimmererverbandes, sowie an alle freigewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter mit der RGO und den roten Verbänden gemeinsam den Kampf aufzunehmen und zu führen

In einer Reihe von Orten in Sachsen haben die Bauarbeiter und Zimmerer bereits zu der Waffe des Streikes gegriffen. Wir revolutionären Gewerkschaftler sagen euch, daß die Zustimmung der sozialdemokratischen Führer und des Baugewerksbundes und des Zimmererverbandes zum Eintritt in den Streik nur unter dem Druck und der Kampfesstimmung der Bauarbeiter erfolgt und ein Manöver ist. Sie werden genau so wie im vergangenen Jahre mit einem Kompromiß mit den Unternehmern — statt daß 30 Prozent nur 10 oder 15 Prozent Lohnabbau erfolgt — euren Streik versuchen abzuwürgen. Das ist die Politik des „kleineren Uebels".

Die revolutionären Gewerkschaftler rufen euch zu: Macht Schluß mit dieser Politik!

Wir wenden uns an euch, kämpft mit uns in einer Front. Wir reichen euch die Hand zum gemeinsamen Kampf!

Beschließt auf allen Baustellen den Streik. Wählt Streikleitungen aus kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern. Macht in allen Orten gemeinsame Versammlungen aller Bauarbeiter! Vereinigt euch mit uns!

Die Einheitsfront im Kampfe gibt die Gewähr die Lohnabbaumaßnahmen der Unternehmer erfolgreich zurückzuschlagen.

Das Bezirkskomitee der RGO, Industriegruppe Bau
Die Zahlstellen des Einheitsverbandes für das Baugewerbe Sachsen.

SLUB
Wir führen Wissen.